

Klienteninfo

Steuern Sie mit uns in eine erfolgreiche Zukunft!

In dieser Ausgabe:

Anpassungen im Rahmen der Bekämpfung der kalten Progression für 2024

Österreichweiter "Reparaturbonus 2.0"

WiReG-Novelle bringt bedeutsame Neuerungen

VwGH zur Steuerpflicht einer Kaufpreisrente im Scheidungsvergleich

Basiszinssatz erneut angehoben

Hochwasserhilfe durch die ÖGK

Anpassungen im Rahmen der Bekämpfung der kalten Progression für 2024

Im Herbst 2022 ist die **Abschaffung der kalten Progression** beschlossen worden (siehe auch KI 10/22), um der **schleichenden Steuererhöhung** durch höhere Steuerklassen bei Lohnerhöhungen **entgegentreten**. Die **Maßnahmen gegen die kalte Progression** teilen sich dabei in zwei Bereiche. Erstens werden die **Einkommensteuertarife** um 2/3 der Inflationsrate jährlich **automatisch angepasst**. Zweitens hat die Abgeltung des verbleibenden Drittels mittels Ministerratsbeschlusses zu erfolgen. Für das Jahr 2024 wurde basierend auf den durchschnittlichen Inflationsraten der Monate Juli 2022 bis Juni 2023 eine **ausgleichende Inflation** von **9,90 %** errechnet. Die Maßnahmen zur **Abgeltung des verbleibenden Drittels durch Ministerratsbeschluss** wurden unlängst in einem Ministerratsvortrag präsentiert und am 27. September 2023 im Ministerrat beschlossen. Sie sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen

Die Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen erfolgt durch eine weitergehende gestaffelte **Anpassung** der für die Anwendung der **1. bis 4. Tarifstufen maßgebenden Grenzbeträge** in unterschiedlichem prozentuellem Ausmaß von 3,3 Prozentpunkten (1/3 von 9,9 %) an die **Inflationsrate**. Bei der ersten Tarifstufe beträgt die Anpassung dann insgesamt 9,6 %, bei der zweiten Tarifstufe in Summe 8,8 %, bei der dritten Tarifstufe insgesamt 7,6 % und bei der vierten Tarifstufe in Summe 7,3 %.

Die **Absetzbeträge** samt zugehöriger Einkommens- und Einschleifgrenzen sowie die **SV-Rückerstattung** und der **SV-Bonus** werden um insgesamt **100 % an die Inflationsrate angepasst** - zu 2/3 im Rahmen der automatischen Inflationsanpassung und zu einem weiteren Drittel (d.h. um weitere 3,3 Prozentpunkte) durch den Ministerratsbeschluss.

Schließlich wird auch der **Grundfreibetrag** als Teil der Begünstigung durch den Gewinnfreibetrag von bisher 30.000 € auf **33.000 € ange-**

hoben. Maximal können ab 2024 also 4.950 € (15 % von 33.000) ohne weitere Voraussetzung wie begünstigte Investitionen vom steuerlichen Gewinn abgezogen werden.

Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und Schaffung positiver Leistungsanreize

Die weitere **steuerliche Begünstigung von Überstundenzuschlägen** soll zu positiven Leistungsanreizen beitragen und auch zur **Bekämpfung des Arbeitskräftemangels** führen. Beschlossen wurde demnach die **Anhebung des monatlichen Freibetrags** von 86 € auf **120 €** sowie eine zeitlich befristete Festsetzung des monatlichen Freibetrags für die ersten 18 Überstunden mit 200 € im Monat.

Im Zusammenhang mit der steuerlichen Begünstigung der **Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenezulage** sowie der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wurde der monatliche Freibetrag von derzeit 360 € auf **400 € angehoben**.

Das Gesetz zur Verwendung des variablen Drittels aus der Abschaffung der kalten Progression führt schließlich dazu, dass die im Zuge der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 eingeführten steuerlichen Regelungen bzgl. **Homeoffice-Tätigkeit** der Arbeitnehmer **unbefristet verlängert** werden.

Entlastung von Kindern und Familien

Die vom Ministerrat **beschlossene Erhöhung des Kindermehr Betrags** von 550 € auf **700 €** soll zur Entlastung von Kindern und Familien beitragen. Im Rahmen der **Erhöhung der Zuschüsse zur Kinderbetreuung** und Erweiterung der Betriebskindergärten erfolgt die **Verdoppelung** des maximalen steuerfreien **Zuschusses durch den Arbeitgeber zur Kinderbetreuung** von 1.000 € auf 2.000 € für Kinder bis 14 Jahre. Überdies ist die vergünstigte oder kostenlose Inanspruchnahme von Betriebskindergärten auch dann steuerfrei, wenn die Einrichtung ebenso von betriebsfremden Kindern besucht wird. Das Gesetz soll im November im Parlament beschlossen werden.



Österreichweiter "Reparaturbonus 2.0"

Seit 25. September 2023 kann **österreichweit** der **Reparaturbonus** wieder in Anspruch genommen werden - wenngleich mit ein paar Änderungen zur Erstversion der Förderung (siehe dazu KI 08/22). Nunmehr sind verstärkte **Sicherheitsvorkehrungen** getroffen worden, nachdem es in der Vergangenheit mitunter zu **Betrugsfällen** gekommen ist. Die größte Änderung besteht folglich darin, dass die **Förderung** nun direkt an die **Kundinnen und Kunden ausbezahlt** wird, anstelle über die Reparaturbetriebe abgewickelt zu werden.

Gefördert wird die **Reparatur von Haushalts-elektrogeräten** wie z.B. Smartphones, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Kaffeemaschinen. Dabei handelt es sich um Geräte, die mit einem Netzkabel, einem Akku, einer Batterie oder einem Solarmodul betrieben werden. **Ausgeschlossen** vom Reparaturbonus sind hingegen z.B. ein Gasherd, Benzinrasenmäher, Notstromaggregat, eine Photovoltaikanlage, Windturbine usw. **Zielsetzung** der Förderung ist, durch die Reparatur die **Lebensdauer der Geräte zu verlängern**, um Ressourcen zu sparen und **Elektroschrott zu vermeiden**. Die Fördermittel stammen aus EU-Fonds und die **Förderung (50 % der Instandsetzungskosten, maximal 200 € pro Gerät)** soll ca. nach 4 bis 6

Wochen auf dem Konto des Antragstellers eingehen.

Technisch funktioniert der Reparaturbonus so, dass die **Reparatur vom Kunden vorfinanziert** werden muss - bei der Beantragung muss auch eine Kontonummer für die spätere Überweisung des Reparaturbonus angegeben werden. Der **Reparaturbetrieb** reicht die **Rechnung** bei der Kommunalkredit Public Consulting (**KPC**) ein, die als Förderabwicklungsstelle agiert. Ähnlich wie bei der früheren Förderung muss auf www.reparaturbonus.at vor Instandsetzung des Geräts ein **Reparaturbon** beantragt werden (ähnlich einer Registrierung sind Adress- und Kontaktdaten, Kontonummer etc. anzugeben). Danach kann ein Reparaturbon erstellt werden, welcher **innerhalb von 3 Wochen** bei einem **Partnerbetrieb eingelöst** werden kann. Die insgesamt **2.000 Partnerbetriebe** sind auch unter www.reparaturbonus.at zu finden. Die Reparaturbons können so lange **beantragt** werden, wie Budgetmittel vorhanden sind - **längstens jedoch bis zum 31. März 2026**. Ein Bon kann pro Reparatur eingelöst werden, danach kann ein weiterer Bon für die Reparatur eines weiteren Elektro- oder Elektronikgerätes genutzt werden usw.

WiReG-Novelle bringt bedeutsame Neuerungen

Ende Juli 2023 ist die **WiReG-Novelle** veröffentlicht worden, welche bedeutsame Neuerungen und Änderungen i.Z.m. dem **Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz** mit sich bringt. Durch die Novelle soll die **Wirksamkeit des Registers gestärkt** werden und auch Empfehlungen aus der Nationalen Risikoanalyse 2021 umgesetzt werden. Ausgewählte Aspekte werden nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Grundrechtswidrigkeit der öffentlichen Einsicht und damit verbundene Konsequenzen

Die bisher geregelte **öffentliche Einsicht in das Register** der wirtschaftlichen Eigentümer wurde durch ein **EuGH-Urteil** im November 2022 **eingeschränkt** und als **grundrechtswidrig** erkannt, da die komplett **öffentliche Einsicht** (i.S.d. 5. Geldwäsche-Richtlinie) mit dem Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** und dem Recht auf Schutz der betreffenden personenbezogenen Daten **nicht vereinbar** sei. **Stattdessen** trat der bisherige Wortlaut der 4. Geldwäsche-Richtlinie wieder in Kraft, der eine **Einsicht bei Vorliegen eines berechtigten**

Interesses vorsieht. Ein berechtigtes Interesse haben Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen mit Bezug zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Kredit- und Finanzinstitute sowie jene Personen, die die **wirtschaftlichen Eigentümer** ihrer **potenziellen Geschäftspartner** in Erfahrung bringen möchten.

Zur **Gewährung** der berechtigten **Einsicht** ist grundsätzlich ein **mehrstufiges Verfahren** vorgesehen: Zunächst ist ein elektronischer Antrag (über die BMF-Webseite) auf Abfrage eines konkreten Rechtsträgers notwendig, in dessen Rahmen auch das **berechtigte Interesse nachgewiesen** werden muss (darunter ist oftmals zu verstehen, dass aufgrund wirtschaftlicher oder persönlicher Elemente ein hinreichendes Interesse am wirtschaftlichen Eigentümer des Rechtsträgers besteht). Um gegebenenfalls einen **schnelleren Zugang zur Einsicht** zu ermöglichen, können auch berufsmäßige **Parteienvertreter** namens und im Auftrag ihrer Mandanten **WiReG-Auszüge abfragen**. Dies kann beispielsweise im Falle eines offen-



kundigen berechtigten Interesses wie im Zuge einer **Liegenschaftstransaktion** bedeutsam sein.

Erweiterung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit und des Informationsaustausches

Die bislang **fehlende** ausreichende **rechtliche Grundlage** für die **rasche und effektive Zusammenarbeit** zwischen der **Registerbehörde** und anderen **nationalen wie internationalen Behörden** wurde durch die **WiEReG-Novelle geschaffen**. Nunmehr (bzw. seit 1.8.2023) können Behörden wie die Geldwäschemeldestelle, KSW, FMA, WKO, die **Abgabenbehörden** oder Staatsanwaltschaften **zusammenarbeiten** sowie Daten und Dokumente austauschen und verarbeiten, die für die Beurteilung des wirtschaftlichen Eigentums von Rechtsträgern relevant sind, welche Finanzvergehen oder Finanzordnungswidrigkeiten oder Zwangsstrafen betreffen.

Automatischer Abgleich des Registers mit Sanktionslisten

Der **manuelle Abgleich von Sanktionslisten** (wie z.B. i.Z.m. dem Ukraine-Krieg) mit den österreichischen Registern stellt typischerweise einen **hohen Verwaltungsaufwand** dar. Durch die **WiEReG-Novelle** erfolgt nunmehr (konkret

mit 12.12.2023) ein **automatischer Abgleich** mit den **Stammregistern**, wodurch mögliche Übereinstimmungen der Register mit Sanktionslisten wesentlich **rascher aufgedeckt** und analysiert werden können.

Bessere risikoorientierte Aufsicht durch die Registerbehörde durch erweiterte Analyse-möglichkeiten und größere Kompetenzen bei Unterlagenanforderungen

Durch die Novelle wird die Möglichkeit geschaffen, dass die **Abgabenbehörden** auf gewisse **Registerdaten zugreifen** können, um **modellbasierte Analysen erstellen** zu können. Insbesondere soll dies zur **Entdeckung von Scheinunternehmen** mit möglichen Scheingeschäftsführern und **Scheingesellschaften** sowie nicht gemeldeten Treuhandschaften **beitragen** (ab 16.4.2024). Seit 1.8.2023 kann die **Registerbehörde** auch **Unterlagen** und Auskünfte von Rechtsträgern **anfordern**, um die **gesetzliche Aufbewahrungspflicht** gem. WiEReG zu **überprüfen**. So müssen sämtliche Dokumente und Informationen aufbewahrt werden, welche die wirtschaftlichen Eigentümer betreffen und für das Verständnis der Eigentums- und Kontrollstruktur erforderlich sind.

VwGH zur Steuerpflicht einer Kaufpreisrente im Scheidungsvergleich

Im Zuge einer **einvernehmlichen Ehescheidung** hatten zwei Eheleute eine Vereinbarung über die **Unterhaltungspflichten** und die Aufteilung des Vermögens getroffen. Eine gemeinsam als Wertanlage gekaufte **Immobilie** sollte in das **Alleineigentum** der **Frau** übergehen, wobei die Frau eine **monatliche Leibrente** zu zahlen hatte. Wird eine **Liegenschaft** mittels **Rente übertragen**, die als **angemessen** gilt, liegt eine **steuerlich beachtliche Gegenleistungsrente** vor. Wird hingegen eine Rente gezahlt, die **nicht als angemessene Gegenleistung** qualifiziert werden kann, muss von einer **freiwilligen Zuwendung** bzw. einer **Unterhaltsrente** ausgegangen werden, welche **steuerlich nicht relevant** ist. **Üblicherweise** sind Aufteilungen im Scheidungsvergleich als **unentgeltlich** einzustufen, da Zahlungen ausschließlich oder überwiegend mit der früheren familiären Beziehung bzw. deren vermögensrechtlichen Abwicklung in Zusammenhang stehen.

Im konkreten Fall (**VwGH GZ Ra 2022/13/0103**

vom 28.6.2023) hatte sich die **Rentenzahlung der Frau** jedoch **exakt an der Hälfte des Immobilienwerts** bemessen. Zudem wurde auch ein **versicherungsmathematisches Gutachten** über den **Barwert der Rentenverpflichtung** eingeholt. Die Frau machte in dem Jahr, in dem die Zahlungen erstmals den **kapitalisierten Wert der Rentenverpflichtung überstiegen**, die Zahlungen als **Sonderausgaben** bzw. **Werbungskosten** geltend. Der **VwGH** hielt fest, dass sich **Ausgleichszahlungen** nach dem **Ehegesetz** i.d.R. nicht nach Leistung und Gegenleistung orientieren, sondern der **familiären Sphäre zuzuordnen** sind. Sofern die Aufteilung nach § 83 Ehegesetz erfolgt, liegt **keine Veräußerung oder Anschaffung** vor. Solche Ausgleichszahlungen unter Ehegatten werden **regelmäßig nicht als exakte Gegenleistung** festgelegt, da die **Aufteilung nach Billigkeit**, wie insbesondere auch in Form von Unterhaltsleistungen, Mitwirkung im Erwerb und Führung des gemeinsamen Haushalts, Pflege und Erziehung der Kinder usw. erfolgt. Da



Vorschau:

Maßnahmen vor Jahresende 2023

jedoch im konkreten Fall mittels versicherungsmathematischen Gutachtens die Höhe der Rente (**Barwert der Kaufpreisrente**) dem **Wert des halben Hauses exakt** gegenübergestellt wurde, kann aufgrund des Sachverhalts **nicht davon ausgegangen** werden, dass die **Aufteilung** bzw. die **Zahlungen** aus **familiär bedingten Gründen** heraus **bemessen** wurden.

Da im Sachverhalt der **Austausch von Leistung und Gegenleistung** im Vordergrund stand, wurde die **Rente** vom VwGH somit als **steuerlich relevante Kaufpreisrente** subsumiert. Wichtig war in diesem Zusammenhang die fremdüblich und kaufmännisch kalkulierte **Ausgleichszahlung**. Der VwGH betonte dabei, dass die Entscheidung anders gelaute hätte, wenn die Rentenzahlung auch Unterhaltsansprüche des Mannes abgegolten hätte. **Steuerlich** war also von einer **beachtlichen entgeltlichen Kaufpreisrente** auszugehen. Die frühere **Ehegattin** konnte somit die **Rentenzahlungen** einkommensteuerlich als **Sonderausgaben** nach § 18 Abs. 1 Z 1 EStG bzw. als **Werbungskosten** gemäß § 16 Abs. 1 Z 1 EStG **absetzen**,

sobald die Summe der Zahlungen die **Gegenleistung** (den kapitalisierten Wert der wiederkehrenden Bezüge) **überstiegen** hatte. Beim ehemaligen **Ehegatten** hingegen lag vice versa ein **Veräußerungstatbestand** vor. Somit wäre dem Regime der **Immobilienvertragssteuer** folgend bei **Neuvermögen** eine **steuerpflichtige Grundstücksveräußerung** anzunehmen, für die **wegen der laufenden Rentenzahlung** nach § 30a Abs. 4 EStG der **besondere Steuersatz von 30 % nicht** zur **Anwendung** kommen kann. Somit wäre die **Veräußerung** mit dem **Tarif zu versteuern**, sobald die eingekommenen Zahlungen die auf ihn entfallenden Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Immobilie **übersteigen**.

Basiszinssatz erneut angehoben

Durch die jüngst von der Europäischen Zentralbank im Kampf gegen die Inflation beschlossene, erneute **Erhöhung des Leitzinssatzes** um **0,25 Prozentpunkte** ergeben sich Anpassungen beim **Basiszinssatz** (nunmehr **3,88 %**), welcher wiederum als mehrfacher Referenzzinssatz dient. Die entsprechenden **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

	Seit 20.9.2023	Bisher
Stundungszinsen	5,88 %	5,38 %
Aussetzungszinsen	5,88 %	5,38 %
Anspruchszinsen	5,88 %	5,38 %
Beschwerdezinsen	5,88 %	5,38 %
Umsatzsteuerzinsen	5,88 %	5,38 %

Impressum:

Schwarz & Partner
Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung GmbH

Gudrunstrasse 141
A-1100 Wien

T: +43 (1) 602 51 51
F: +43 (1) 602 51 51 - 600

Email:
office@schwarz-partner.com
Web: www.schwarz-partner.com

Hochwasserhilfe durch die ÖGK

In der letzten KI (09/23) haben wir umfassend über die **steuerlichen Erleichterungen** für von der **Hochwasserkatastrophe Betroffene** berichtet. In ähnlicher Weise hat auch die ÖGK **unbürokratische Soforthilfe** für betroffene Unternehmen veröffentlicht. Ziel dabei ist es, jenen, die durch die Katastrophe in Not geraten sind bzw. **massive wirtschaftliche Schäden** erlitten haben, **maßgeschneiderte Lösungen** ohne "Wenn und Aber" anzubieten.

Die **Maßnahmen** seitens der **ÖGK** drehen sich um folgende Themenbereiche:

- Stundungen,
- Ratenvereinbarungen,
- Mahnungen,
- Meldeverspätungen,
- Beitragsprüfungen.

Die **regionalen Ansprechpartner** für von der Hochwasserkatastrophe Betroffene sind auf dem Dienstgeberportal der ÖGK unter www.gesundheitskasse.at/dg-ansprechperson zu finden.